

Persönliches aus dem Ortsverein

Wir ehren:
Mitgliedschaft seit

10 Jahren:
Lars Blecher,
Reiner Lehmann,
Michael Schröder,

25 Jahren:
David Klank,

40 Jahren:
Diana Fiesel,
Jürgen Götz,
Michael Knecht,

50 Jahren:
Hermann Erath,
Ruth Krekow-Zinell,

Wir begrüßen im Ortsverein
Durch Zuzug nach Schramberg: Michael Schröder,
(SPD-Mitglied seit 1.6.2015)

Wir gratulieren zum:
91. Reinhard Großmann
89. Harald Frommer
86. Heinz Bauer
85. Ilse Bäumer
84. Cornelia Wittwer
83. Albert Bäumer, Peter Kopp
82. Christa Rettkowski
81. Werner Klank
80. Joachim Erdmann
75. Elisabeth Agosta, Horst Krause, Harald Müller, Margarete Spannagel
70. Astrid Ertel-Günnewig, Ruth Krekow-Zinell
50. Joachim Kneissler, Tanja Witkowski
30. Felicitas Diethelm, Michael Schröder
20. Ghazal Zarabi

Monika Rudolf: Nicht nur schimpfen, machen

Beim Bürgerempfang der Stadt erhielt Monika Rudolf den Ehrenbrief als Auszeichnung für ihren Einsatz in der Fair-Trade-Bewegung. Geprägt auch von ihrem Elternhaus hatte sich Monika nach ihrem Umzug von Freiburg nach Schramberg 1979 in der Stadt engagiert. Sie ist hier heimisch geworden. 1980 hat sie das damals noch „Dritte-Welt-Laden“ genannte Geschäft in der Sänglerstraße mitgegründet. „Was dort entstand“, so Oberbürgermeisterin Eisenlohr „war weit mehr als ein Geschäft. Es war ein Ort der Aufklärung, der Begegnung, der Veränderung.“



Willy-Brandt-Medaille für Mirko Witkowski

Völlig überrascht wurde Mirko Witkowski, als ihm am 4. Mai im Rahmen einer Mitgliederversammlung die Willy-Brandt-Medaille verliehen wurde. Die höchste Parteiauszeichnung - sie gilt sozusagen als Bundesverdienstkreuz der SPD - wird nur für besondere Parteiverdienste vergeben. Mirko, unser langjähriger Ortsvereinsvorsitzender und Kreisvorsitzender, bekam diese Auszeichnung für sein herausragendes Engagement für die Sozialdemokratie verliehen. Seit 40 Jahren ist er in der Partei und es gab wohl kaum einen Tag, an dem Mirko Witkowski nicht im Ehrenamt für die SPD unterwegs war, so Dr. Herbert O. Zinell in seiner Laudatio. „Mach weiter so! Wir brauchen dich! „

Schramberger SPD feiert den Tag der Arbeit

Schramberg. Der 1. Mai ist ein Feiertag, der für die Arbeiterschaft und ihre Rechte steht. Bei der traditionellen Maiwanderung am Nachmittag standen Gemeinschaft und Austausch im Vordergrund. Gestartet ist die Gruppe im Sulzbachtal am Wursthof. Eine gemütliche Rast gab es im Gasthaus Heuwies, wo neben Essen und Trinken auch gute Gespräche in entspannter Runde zum Wohlbefinden aller Beteiligten beitrugen. Nach dem Abschlussfoto ging es bei bestem Wanderwetter wieder zurück zum Ausgangspunkt.



Unser Blättle



Magazin des SPD-Ortsvereins Schramberg

Ausgabe 33 - Dezember 2025

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Freundinnen und Freunde unseres Ortsvereins, wieder ist es ein Samstagmorgen kurz vor dem zweiten Advent und der Schramberger Weihnachtsmarkt hat gerade eröffnet. Lichter, Begegnungen und vertraute Gespräche schaffen eine schöne Atmosphäre – und doch fällt es schwer, ganz in Weihnachtsstimmung zu kommen. Die politischen Ereignisse dieses Jahres wirken nach: Der Krieg in der Ukraine geht weiter, in vielen Regionen der Welt herrscht Unsicherheit und die internationale Lage fordert Europa mehr denn je heraus. Auch der politische Kurs der USA verändert die weltweite Dynamik spürbar.

In Deutschland hat ein bewegtes Jahr gezeigt, wie wichtig Verlässlichkeit, sozialer Zusammenhalt und eine Politik sind, die Menschen schützt statt spaltet. Genau dafür steht die SPD: für bezahlbares Wohnen, sichere Arbeitsplätze, eine starke Rente und Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz. Unsere Programmatik bleibt Orientierung – gerade in Zeiten, in denen laute Parolen oft mehr Aufmerksamkeit bekommen als echte Lösungen. Doch dort, wo wir als Sozialdemokratie konkrete Antworten geben, wächst Vertrauen.

Mitten in all diesen Themen arbeiten wir im Ortsverein an etwas, das immer wieder gut tut: „Unser Blättle“. Texte werden geschrieben, Fotos gesammelt, Beiträge redigiert und gelayoutet – ein kleines Stück Gemeinschaft und Beständigkeit, getragen von vielen engagierten Genossinnen und Genossen. Ich freue mich sehr, erneut das Editorial beisteuern zu dürfen.

Vielleicht liegt genau darin die Botschaft der Adventszeit: Hoffnung bewahren, Verantwortung übernehmen und davon überzeugt sein, dass Solidarität stärker ist als Spaltung. Euch allen wünsche ich – auch im Namen meiner Familie – ein frohes, friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2026.

Euer Mirko

Der weite Weg vom Flüchtling zum Landtagskandidaten



Ali Zarabi ist unser Kandidat für die Landtagswahl 2026. Mit 14 Jahren als Flüchtling aus Afghanistan nach Deutschland gekommen, arbeitet er heute an seiner Masterarbeit an der Universität Konstanz und ist Juso-Kreisvorsitzender.

Mirko Witkowski hat mit ihm gesprochen.

1. Ali, du bist mit 14 Jahren aus Afghanistan nach Deutschland gekommen. Wann hast du das Gefühl gehabt: „Jetzt bin ich hier wirklich angekommen“?

Es gab viele Momente, in denen ich gespürt habe: Ich bin Teil dieser Gesellschaft. Am deutlichsten erinnere ich mich an den Tag, an dem ich erfahren habe, dass ich das Abitur bestanden habe. Ich bin damals in den Pausenhof gegangen und habe vor Freude getanzt. Trotz vieler Schwierigkeiten habe ich es geschafft und war endlich auf dem gleichen

Stand wie andere in meinem Alter. Ab da konnte es fair losgehen. Es hat sich gelohnt, für vieles deutlich mehr Energie aufzubringen. Besonders freut mich, dass ich inzwischen einen Bachelor habe und nächstes Jahr meinen Master machen werde. Schon 2018 habe ich im Blättle gesagt: „Bildung ermöglicht Freiheit.“ Genau diese Freiheit erarbeite ich mir Schritt für Schritt.

2. Was hat dich politisch wachgerüttelt? Gab es einen Moment, in dem du wusstest: „Ich will mich engagieren, ich

will etwas verändern“? Dieses Land hat mir geholfen und ich empfinde es als Pflicht, etwas zurückzugeben. Besonders prägend war die Nacht, in der unser Boot im Schwarzen Meer zu sinken drohte und Ärzte ohne Grenzen uns retteten. In diesem Moment habe ich eine tiefe Menschlichkeit gespürt. Seitdem ist es mir wichtig, anderen diese bedingungslose Liebe weiterzugeben. Sonst würde ich mich selbst verlieren.

3. Als Juso-Kreisvorsitzender bist du mitten in der Jugendpolitik. Welche Themen bewegen die jungen Menschen im Landkreis Rottweil gerade am meisten – und wie willst du sie im Landtag vertreten?

Viele Jugendliche haben heute Angst, nicht mehr beteiligt zu sein und nicht mehr zu verstehen, was politisch passiert.

Fortsetzung auf Seite 2

[Fraktionsarbeit in Zeiten knapper Kassen](#)
Tanja Witkowski

Seite 3

[Die alte Tante SPD](#)
Michael Porzelt

Seite 4

[Der Ortsverein besucht Erfurt](#)
Elke Ringl-Klank

Seite 6

Sie verlieren den Zugang zu seriösen Informationsquellen, weil gewinnorientierte Berichterstattung sie eher als uninteressante Kunden sieht. Wir müssen Wege öffnen, damit Jugendliche wieder neutrale und demokratie-stärkende Informationen finden und sich nicht von TikTok-Inhalten manipulieren lassen. Ich würde den Politikunterricht so gestalten, dass aktuelle Themen aus der Region und der Welt besprochen und analysiert werden. Ein Fach für Medienkompetenz und emotionale Kompetenz könnte ihre Zukunft entscheidend beeinflussen.

4. Du arbeitest derzeit an deiner Masterarbeit an der Universität Konstanz. Wie bringt man Uni, Engagement in der SPD und einen Landtagswahlkampf unter einen Hut – und schläfst du noch?

Diese Frage wird mir oft gestellt. Es ist vor allem eine Frage der Prioritäten. Mir hilft die große Unterstützung meiner Eltern, Freunde und Genossen. Meine ruhige und liebevolle Familie zeigt mir meine Grenzen und gibt mir Halt. Trotz wenig Schlaf stehe ich momentan gerne früh auf, weil mir politisches Engagement und mein Einsatz als Kampfrichter im Ringen viel Energie geben. Mein Studium läuft gut – auch dank Professoren, die Verständnis haben und mich unterstützen. Besonderer Dank gilt Wolfgang Seibel

und Florian Kunze.

5. Viele in unserem Ortsverein sehen dich als Beispiel gelungener Integration. Was bedeutet der Begriff „Integration“ für dich persönlich – und wo siehst du noch politische Baustellen?

Ich hatte großes Glück auf tolle Menschen zu treffen, die mich geprägt haben. Ob man das Integration nennt, weiß ich nicht. Durch diese Menschen konnte ich deutsche Kultur und Mentalität erfahren und sehr zu schätzen lernen. Mir ist entscheidend, dass Integration nicht reine Anpassung bedeutet. Beide Seiten müssen bereit sein, ihre Komfortzone zu verlassen und Kompromisse einzugehen. In einer pluralistischen Gesellschaft sollte das gelingen. Unsere Integrationspolitik braucht jedoch dringend Reformen. Eine gescheiterte Integration ist für mich ein Grund für das Erstarken rechter Kräfte. Flüchtlinge müssen arbeiten dürfen, Deutsch lernen und in Vereinen aktiv werden. Integration funktioniert vor allem im Vereinsleben.

6. Welche politischen Themen möchtest du im Landtag besonders voranbringen? Was wäre ein Erfolg, an dem du am Ende deiner ersten Legislaturperiode gemessen werden möchtest?

Wenn ich es schaffe, den Politikunterricht zu reformieren, wäre das für mich ein großer Erfolg.

7. Der ländliche Raum

hat besondere Herausforderungen – Mobilität, medizinische Versorgung, gute Arbeit, schnelles Internet. Welches dieser Themen liegt dir als Kandidat aus Schramberg besonders am Herzen und warum?

Es macht mich traurig, dass Schramberg keinen Bahnhof mehr hat. Das sollte sich ändern. Außerdem brauchen wir sichere Fahrradwege. Und: Bitte einen Blitzler an der Steige und in der Oberndorfer Straße. Ich möchte mir eine Katze aus dem Tierheim holen, aber bei diesem Verkehr habe ich wirklich Angst um sie.

8. Du bist jung, engagiert, bestens ausgebildet – und verzichtest trotzdem freiwillig auf deine Wochenenden im Wahlkampf. Was hält deine Motivation oben? Und wer oder was bremst dich manchmal?

Ich sehe das als Prozess persönlicher Weiterentwicklung. Das motiviert mich. Eigentlich bin ich kein Frühaufsteher, aber am Wochenende stehe ich gerne früh auf, um meine Termine wahrzunehmen.

Es erfüllt mich, auf politischen oder sportlichen Veranstaltungen zu sein. Wenn keine Politik ist, gibt es Ringturniere und wenn auch die nicht stattfinden, bin ich meist als Fotograf unterwegs.

9. Du kommst aus einem SPD-Ortsverein, in dem viele Generationen gemeinsam Politik machen. Was bedeutet dir

diese parteiinterne Gemeinschaft – und was wünschst du dir von den Mitgliedern im Wahlkampf?

Ich habe im Ortsverein großartige Menschen kennengelernt, die mich immer unterstützt haben. Ich bin sicher, dass sie sich einbringen, sobald sie Zeit haben. Fast bin ich wunschlos glücklich. Es würde mich jedoch freuen, wenn sie öfter ihre Kinder oder Enkel mitbringen würden, damit auch sie früh mit Politik in Berührung kommen.

10. Wenn du mit einer historischen Persönlichkeit aus der SPD einen Tee – oder in deinem Fall vielleicht lieber einen starken Kaffee – trinken könntest: Wen würdest du wählen und warum?

Ich würde Otto Wels wählen. Mich interessiert, woher er seine Stärke und sein Durchhaltevermögen nahm. Die Geschichte der SPD und ihr Widerstand gegen die Nationalsozialisten bewegen mich tief. Ich würde ihm gern für das danken, was er und seine Generation uns hinterlassen haben.

11. Und zum Schluss noch eine ganz kurze Frage: Was möchtest du uns noch sagen?

Ich möchte mich bei meinen Genossinnen und Genossen, besonders bei dir und Tanja für eure Unterstützung ganz herzlich bedanken.

Vermischtes aus dem Ortsverein



Anlässlich des Bundestagswahlkampfes besuchte uns die SPD-Bundestagswahlkampfbesucherin Saskia Esken in Schramberg. Eingeladen hatten wir auf Gut Berneck. Hausherr Dr. Hans-Jochem Steim erinnerte daran, dass einst auch Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) auf Gut Berneck zu Gast war. Foto: SPD



Unser SPD-Kreisvorsitzender Mirko Witkowski hat als Delegierter des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg am Bundesparteitag der SPD teilgenommen. Foto: SPD



Die Jusos im Kreis Rottweil haben im Juni 2025 bei ihrer Jahreshauptversammlung in Schenkenzell Ali Zarabi einstimmig im Amt bestätigt. Unterstützt wird er künftig von drei Stellvertretern: Sebastian Haischt, Melissa Burkhardt und Nico Wöhrle. In den Kreisvorstand wurden zudem fünf Beisitzende gewählt: Selina Sander, Lukas Kinle, John Baumann, Malik Ipek und Jan Witkowski. Auch auf Landesebene werden die Rottweiler Jusos künftig mitreden. Foto: Michael Müller



Auch im Wahlkampf ein starkes Team. Tatkräftig unterstützten die Ortsvereinsmitglieder ihren Vorsitzenden, der zur Bundestagswahl 2025 im Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen für die SPD antrat. Foto: SPD



Einmal im Monat wandern bisweilen bis zu 18 SPD-Rentner und Rentnerinnen. Auch nach 14 Jahren ist die Begeisterung nicht weniger geworden. Die Wanderungen sind ein Highlight im monatlichen Ablauf des Rentnerlebens. Wanderdauer 3-4 Stunden. Natürlich wird nach dem Wandern immer eingekehrt! Wer mitmachen will, kann anrufen (07422 3811) und wird dann in den Verteiler aufgenommen.

Auf den Spuren der SPD

Der Ortsverein besuchte Erfurt vom 2. bis 5. Oktober

Mit einer für die Bahn tolerablen Verspätung kam die Reisegruppe des Ortsvereins am frühen Nachmittag in Erfurt an und wurde vor dem Bahnhof vom SPD-Kreisvorsitzenden Andre Grenzdörfer mit einer original Thüringer Bratwurst willkommen geheißen. Ein gelungener Auftakt. Schon vor zwei Jahren war man auf den Spuren der Sozialdemokratie nach Eisenach gereist. Die Reiseleitung hatte in bewährter Weise Ute Graf übernommen, die eine Fülle historischer und kultureller Angebote eingeplant hatte. Der erste Abend galt dem Austausch mit den Erfurter Genossen bei gemütlichem Beisammensein. Die Politik stand natürlich im Mittelpunkt. Neben der Weltpolitik wurde auch die innerdeutsche Situation beleuchtet. Vor allem das Erstarken der AfD, gerade in Thüringen, nahm in der Diskussion breiten Raum ein. Bei der Frage, wie man diesem Phänomen entgegenwirken könnte, war man sich einig, dass die Möglichkeiten begrenzt seien. Am folgenden Tag der deutschen Einheit war eine AfD-Demo angekün-



Bild: Werner Klank

dig. Hier zeigten die Erfurter Genossen mit einem Info-Stand die Schramberger Gruppe war es eine Selbstverständ-

lichkeit, mit einem Besuch desselben ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Eine historische und kulturelle Stadtführung lenkte die Gruppe zu wichtigen Orten und Denkmälern der Geschichte Erfurts, so auch zu der erhaltenen alten Synagoge, die den zweiten Weltkrieg, weil recht verborgen und zugewachsen, unbeschadet überstanden hatte. Der alte Kaisersaal war eine weitere bedeutende Etappe, denn dieser Saal war 1891 Schauplatz des Erfurter Parteitags der SPD, in welchem das Erfurter Programm beschlossen wurde. Der Parteitag unter Leitung von August Bebel gehört zu den wichtigsten Programmparteita-

gen der SPD. Nach Ende des Sozialistengesetzes 1890 suchte die Arbeiterpartei nach einer neuen Strategie und Taktik im Erfurter Doms und eine Führung durch das ehemalige Augustinerkloster. Erfurt ist auch durch Martin Luther bekannt, denn dieser hatte einst an der Pforte des Klosters um Einlass gebeten, da er beschlossen hatte, Mönch zu werden. Von historischer Bedeutung in Erfurt ist auch die bereits im 14. Jahrhundert gegründete erste Deutsche Universität. Sie war ein wichtiges humanistisches Zentrum, das berühmte Persönlichkeiten wie Johannes Gutenberg und Johann Wolfgang von Goethe anzog. Aber auch Geselligkeit und anregende lange Gespräche kamen in den Tagen nicht zu kurz. Der Organisatorin Ute Graf galt der Dank aller Teilnehmer für diese lehrreichen und bereichernden Tage. Der Wunsch nach einem weiteren Ausflug in die SPD-Geschichte wird sicher aufgegriffen werden. Weitere Höhepunkte wa-

ren die Besichtigung des Erfurter Doms und eine Führung durch das ehemalige Augustinerkloster. Erfurt ist auch durch Martin Luther bekannt, denn dieser hatte einst an der Pforte des Klosters um Einlass gebeten, da er beschlossen hatte, Mönch zu werden. Von historischer Bedeutung in Erfurt ist auch die bereits im 14. Jahrhundert gegründete erste Deutsche Universität. Sie war ein wichtiges humanistisches Zentrum, das berühmte Persönlichkeiten wie Johannes Gutenberg und Johann Wolfgang von Goethe anzog. Aber auch Geselligkeit und anregende lange Gespräche kamen in den Tagen nicht zu kurz. Der Organisatorin Ute Graf galt der Dank aller Teilnehmer für diese lehrreichen und bereichernden Tage. Der Wunsch nach einem weiteren Ausflug in die SPD-Geschichte wird sicher aufgegriffen werden.

Elke Ringl-Klank

Das Geld wird knapper, der Ton wird rauer. Fraktionsarbeit in Zeiten knapper Finanzen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

„Ich wär so gerne Millionär, dann wär mein Konto niemals leer“...was sich die Popgruppe „Die Prinzen“ bereits 1991 gewünscht hatte, wäre auch für Schramberg aktuell eine tolle Sache. Leider ist die finanzielle Lage der Stadt alles andere als rosig und die Millionen kommen uns eher abhanden, als dass wir sie wirklich noch auf dem Konto hätten.

Wie viele andere Kommunen auch, haben wir mit sinkenden Gewerbesteuererinnahmen und vielen neuen, gesetzlich verankerten Aufgaben zu kämpfen, die nur unzureichend über Bund und Land finanziert sind. Die Stadt steht gleichzeitig vor großen Herausforderungen. Viele Gebäude sind in die Jahre gekommen und müssen aufwändig saniert werden. Das Thema Schadstoffe ist in aller Munde. Schon jetzt klafft im Haushalt eine Finanzierungslücke, die wir nur durch die Aufnahme eines Kredits bewältigen konnten.

Schnell war uns allen im Gemeinderat klar, dass es für das Jahr 2026 bei den Haushaltsberatungen kein Wunschkonzert geben

wird. Seit Mai versuchen wir fraktionsübergreifend ein Sparmaßnahmenpaket zu schnüren, das ei-



Tanja Witkowski (Foto: Privat)

nigermaßen ausgewogen und auf alle Fachbereiche verteilt ist. Diese Aufgabe ist nicht besonders angenehm und sehr mühsam mit teilweise recht ernüchterndem Ergebnis. Insgesamt ist es uns zwar gelungen, rund 800 000 Euro einzusparen. Darunter fallen aber viele Maßnahmen, die die Bürgerinnen und Bürger nun mit höheren Beiträgen für Kulturveranstaltungen, höheren Steuern und Gebühren mittragen müssen. Das Ein-Euro-Ticket, das wir vor zwei Jahren auf unseren Antrag von SPD/Buntspecht hin eingeführt haben, ist den Sparmaßnahmen zum Opfer gefal-

len. Ab 1.1.2026 wird es dieses Ticket nicht mehr geben. Leider waren wir die einzige Fraktion, die

Viele von euch fragen sich vielleicht, warum wir am Schulcampusneubau festhalten. Das ist ganz einfach: Wenn wir nicht neu bauen, müssen wir drei Schulgebäude sanieren. Das wird im Endeffekt deutlich teurer. Wir sind in der Fraktion der Meinung, dass Bildung eine Investition in die Zukunft unserer Stadt ist. Daran wollen wir als SPD nicht sparen.

Natürlich gab es im Jahr 2025 noch viele andere Themen: Das alte Krankenhaus, die Villa Jung-hans, der Ausbau von Radwegen, die Belebung der Innenstadt, die schwierige Situation vieler Industriebetriebe und vieles mehr. Vielleicht berichte ich in der nächsten Ausgabe darüber, wenn es uns bis dahin gelungen ist, den Haushalt auszugleichen.

Tanja Witkowski
Fraktionsvorsitzende SPD/
Buntspecht Fraktionsgemein-
schaft

reichenden Brandschutz investieren.

Viele von euch fragen sich vielleicht, warum wir am Schulcampusneubau festhalten. Das ist ganz einfach: Wenn wir nicht neu bauen, müssen wir drei Schulgebäude sanieren. Das wird im Endeffekt deutlich teurer. Wir sind in der Fraktion der Meinung, dass Bildung eine Investition in die Zukunft unserer Stadt ist. Daran wollen wir als SPD nicht sparen.

Natürlich gab es im Jahr 2025 noch viele andere Themen: Das alte Krankenhaus, die Villa Jung-hans, der Ausbau von Radwegen, die Belebung der Innenstadt, die schwierige Situation vieler Industriebetriebe und vieles mehr. Vielleicht berichte ich in der nächsten Ausgabe darüber, wenn es uns bis dahin gelungen ist, den Haushalt auszugleichen.

Tanja Witkowski
Fraktionsvorsitzende SPD/
Buntspecht Fraktionsgemein-
schaft

Der „alten Tante“ geht's nicht gut

Mit mehr als 160 Jahren ist die SPD die älteste Partei Deutschlands. Ihre großen Verdienste um das Land sind unbestritten. Durchaus liebevoll wird sie manchmal „alte Tante“ genannt. Leider bekommt diese Bezeichnung derzeit auch eine andere Bedeutung, denn unserer Partei geht es nicht gut. In Umfragen liegt sie nur noch bei 14 % und eine Besserung ist nicht in Sicht.

Aber ist die „alte Tante“ inzwischen wirklich ein Fall für's Pflegeheim, ist gar das Ende nah? Fragt man nach den Ursachen der Misere, wird je nach Blickwinkel schnell Schröders Agenda 21 genannt, die ungeliebten schwarz-roten Koalitionen, aber auch die selektiv berichtenden Medien. An jeder einzelnen Antwort ist etwas dran, aber es gibt neben hausgemachten Problemen auch solche, die alle etablierten Parteien betreffen. In vielen europäischen Staaten sind linke Parteien in der Krise und rechte, wie bei uns die AfD oder in Frankreich die RN erleben einen rasanten Aufschwung. Bei uns muss man sich zunächst klar machen, dass Ergebnisse wie in den Zeiten eines de facto „Dreiparteiensystems“ nicht mehr möglich sind, auf Bundesebene kommen CDU und AfD „nur“ auf Werte mit vorne einer Zwei. Bei der Bun-

destagswahl erreichte die CDU das zweit schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, sind die Grünen stark abgerutscht und ist die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Seit der Wahl ging das Ansehen von CDU/CSU und SPD weiter nach unten, während die AfD und vor allem die Linke zulegen. Zumindest für ihre



Karikatur: G. Neudeck

Anhänger ist deren Spitzenpersonal wohl attraktiver. Dagegen greift Merz kommunikativ immer wieder daneben, die CDU ist „nicht auf Linie“ und Klingbeil wirkt in seiner Funktion als Finanzminister wie ein Steuerbeamter. Und die Medien greifen im Interesse möglichst vieler „Klicks“ lieber kontroverse Thesen auf als träge Sachpolitik.

Und jetzt zum Kernproblem der etablierten Parteien: Die vielen Krisen kommen CDU und AfD und Umbrüche, von der Klimakatastrophe und den Kriegen bis zur KI, über-

fordern viele Menschen. Nun weiß man, dass sich Menschen in Krisenzeiten nach starker Führung sehnen und schnelle, einfache Lösungen und nicht „kleinliches Parteiengetzänk“ erwarten. Es wird vergessen, dass die Suche nach Kompromissen zum Wesen einer Demokratie gehört. Die beiden Regierungsparteien haben zu liefern, dagegen müssen

die Linke und vor allem die AfD nicht beweisen, dass ihre Rezepte bundesweit funktionieren. Gleichzeitig sind gerade sie mit professionell gestalteten Auftritten erfolgreich in den sozialen Medien unterwegs.

Und die SPD? Sie wird von vielen Wählerinnen und Wählern nicht mehr als die Partei der Arbeitnehmer, sondern als die „Leistungsempfänger“ angesehen. Das liegt auch am SPD-Kernprojekt Bürgergeld, bei dem die harten Sanktionen von Harz IV zunächst ab-

geschafft waren. Die Medien stellten in ihrer Berichterstattung eine eher geringe Zahl von Mitarbeiternverweigerungen und abgelehnten Arbeitsstellen in den Vordergrund. Dieses Bild sorgte vor allem bei Arbeitenden mit niedrigerem Einkommen für viel Unmut.

Dennoch ist die SPD noch lange nicht am Ende. Allerdings muss sie sich auf allen politischen Ebenen um die Themen kümmern, die das Leben der Menschen direkt berühren. Das geht von Kinderbetreuung, Schaffen von bezahlbarem Wohnraum und Verbesserung der Bildungschancen bis zu guten Arbeitsbedingungen und einer sozial ausgewogenen Neuordnung des Rentensystems.

Bei der Einwanderung muss die SPD die Chancen deutlich aufzeigen, aber auch Probleme ehrlich ansprechen. Sie muss dafür sorgen, dass die ökologische Transformation sozial ausgestaltet wird. Sie muss die neuen Medien professioneller nutzen und in einer klaren Sprache schlüssige Aussagen darüber machen, was sie gegen die großen Unterschiede bei der Vermögensverteilung tun will - beispielsweise über die Erbschaftsteuer. Packen wir's an!

Michael Porzelt

Kommentar Ja, zum Stopp der Verbrennerzulassung 2035

Das Leben in Deutschland, insbesondere im Süden wird um das Jahr 2100 unerträglich sein. Unerträglich, weil es meistens viel zu warm sein wird! Im Jahr 2100 sind meine vier Enkelinnen „alte Frauen“. Um allen Enkeln, nicht nur meinen, dies zu ersparen, muss die CO2-Produktion in allen Produktionsvorgängen heruntergefahren, besser noch, gestoppt werden.

Der Verbrennermotor in den rund 45 Millionen Autos in Deutschland ist ein herausragender Produzent von CO2. Deshalb muss die Verbrennerzulassung, wie es die EU vorschreibt, 2035 gestoppt werden. Meine Enkelinnen werden uns verfluchen, wenn sie als alte Frauen unter lebensgefährlich hohen Temperaturen zu leiden haben. Sagen wir es einfacher: Die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens unserer Enkelgeneration hat ganz klar Vorrang vor anderen Dingen, wie z.B. starke Autos mit Diesel- oder Benzinmotoren. Deshalb sollte auch „unsere“ SPD „Ja“ zum Verbrennerzulassungsstopp 2035 sagen.

Bisher tut sie dies nicht!

Werner Klank

Ein Dienst für alle? Chancen, Konflikte und offene Fragen

Unter dem Eindruck des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat der Bundestag das Wehrdienst-Reformgesetz beschlossen. Es tritt im kommenden Jahr in Kraft; ab 2027 werden dann alle 18-jährigen Männer mittels eines Fragebogens erfasst und gemustert. Der tatsächliche Wehrdienst bleibt zunächst freiwillig, im Ernstfall könnten die erhobenen Daten jedoch zur verpflichtenden Einberufung herangezogen werden.

Dies war Anlass, in unserem Ortsverein zu diskutieren, ob nicht ein verpflichtender Dienst für alle jungen Menschen sinnvoll wäre. Dieser soll nicht nur bei der Bundeswehr, sondern auch in sozialen oder ökologischen Bereichen abgeleistet werden können – Arbeit gäbe es dort genug. Einige von uns lehnen einen solchen Dienst als unverhältnismäßigen Eingriff in die individuelle Freiheit ab. Andere sehen in einer Dienstpflicht weit mehr als nur eine Reaktion auf internationale Krisen, den Personalmangel in der Pflege oder ökologische Herausforderungen. Sie hoffen, dass junge Menschen im Dienst Demokratie unmittelbar erfahren, verschiedene Berufsfelder kennenlernen und ein Gefühl von

Solidarität erleben. Die Debatte berührt Kernfragen unseres Selbstverständnisses und wirft zahlreiche Fragen auf: Wem nützt ein Pflichtdienst in erster Linie – den jungen Menschen, der Gesellschaft oder beiden und was heißt das für unser Verständnis von Solidarität?

Wann und wo lernen wir Gemeinsinn: braucht es dafür einen staatlich verordneten Dienst oder können Schulen, Vereine und das spätere Berufsleben diese Aufgabe übernehmen?

Wie gerecht kann eine Pflicht überhaupt sein, wenn die Startbedingungen zwischen Bildung, Einkommen und Herkunft so unterschiedlich sind? Wenn wir Gleichberechtigung ernst nehmen, kann es dann eine Pflicht nur für Männer geben oder müsste sie konsequenterweise alle betreffen?

Wo verläuft die Grenze zwischen Gemeinwohl und persönlicher Freiheit – wie viel darf der Staat verlangen, ohne Grundrechte zu verletzen? Könnten junge Menschen im Pflichtdienst sozialen Einrichtungen wirklich helfen oder würden sie dort vor allem Lücken stopfen und bestehende Probleme verdecken?

Und tragen wir Jugendlichen mit einem solchen Modell nicht noch mehr Lasten auf, während sie ohnehin eine Vielzahl ungelöster Probleme erben?

All diese Fragen zeigen, dass es keine einfachen Antworten gibt. Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr könnte neue Chancen bieten, birgt aber auch erhebliche rechtliche, ethische und praktische Herausforderungen. Unser Ortsverein sollte die Diskussion nutzen, um genau hinzuschauen: Wo brauchen wir mehr Engagement – und wie können wir junge Menschen dafür gewinnen, ohne ihnen zu viel ihrer Freiheit zu nehmen? Vielleicht liegt der Schlüssel in einem Ausbau der freiwilligen Dienste, besseren Rahmenbedingungen für soziale Berufe und einer politischen Bildung, die Solidarität von klein auf vermittelt.

Guido Neudeck